

## Auszug aus dem substanziellen Protokoll 76. Ratssitzung vom 9. Dezember 2015

### 1493. 2015/294

Weisung vom 09.09.2015:

**Finanzverwaltung, Budgetentwurf 2016 (Detailbudget und Produktegruppen-Globalbudget) und Abschreibung Globalbudgetanträge**

Die Budgetberatung wird fortgesetzt (vergleiche Sitzung Nr. 75, Beschluss-Nr. 1493/2015)

Beschlüsse:

<b>PRÄSIDIALDEPARTEMENT</b>
-----------------------------

#### Antrag 024.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Martin Bürlimann (SVP):** *Wir hatten intern in der SVP Zielsetzungen, wie viele Kürzungen durchkommen müssen, damit wir dem Budget zustimmen können. Davon sind wir noch meilenweit entfernt. Wir haben Kompromisse mit den anderen bürgerlichen Parteien gesucht, auch davon sind wir noch sehr weit entfernt. Die folgenden Anträge werden wir überwiegend so beantragen. Man hätte die Kürzungen mit den Tabellenanträgen abhandeln können, was nicht der Fall war. Bei der vorliegenden Weisung erachten wir eine Kürzung von 25 000 Franken als moderat.*

**Shaibal Roy (GLP):** *Wir hätten hier einen sinnvolleren Ansatz von 10 % angestrebt. Die RPK-Mehrheit meint, dass eine Kürzung von 25 000 Franken auf dem Konto unverhältnismässig ist. Insbesondere auf diesem Konto handelt es sich um Dienstleistungen wie rechtliche Unterstützungen oder externe Gutachten und diese sind dringend nötig, weshalb eine Kürzung hier nicht angemessen ist.*

S. 118 15  
1500  
3180 0000

**PRÄSIDIALDEPARTEMENT**  
 Präsidialdepartement Zentrale Verwaltung  
 Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter

		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
024.	Antrag Stadtrat			100 000 Mehrheit	Shaibal Roy (GLP) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Florian Utz (SP)

25 000

75 000 Minderheit

Martin Bürlimann (SVP)  
Referent, Dr. Urs Egger  
(FDP), Roger Liebi (SVP),  
Christian Traber (CVP),  
Raphaël Tschanz (FDP)

Begründung: Zurück auf Betragshöhe Rechnung 2014

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 76 gegen 48 Stimmen zu.

---

### Antrag 025.

Kommissionsminderheiten/-mehrheit:

**Walter Angst (AL):** *Im nächsten Jahr findet wieder das Züri Fäscht statt. Das Polizeidepartement hat deshalb Anpassungen am Festkonzept angeordnet, die im Rahmen der Bewilligung den Organisatoren auferlegt werden. Das Festkomitee gelangte an den Stadtrat, um das nötige Geld für die Umsetzung der Auflage zu ersuchen. Dazu ist eine entsprechende Weisung in Vorbereitung. Allerdings ist uns unverständlich, dass der Stadtrat Geld sprechen soll für Auflagen, die er gemacht hat, damit am Fest keine schweren Unfälle passieren. Wir sind dafür, den Betrag aus dem Budget herauszustreichen. Dann würde die Weisung nicht vorbereitet, was Ressourcen in der Verwaltung freisetzen würde.*

**Dr. Daniel Regli (SVP):** *Es ist nicht so, dass das Komitee die 300 000 Franken Mehrausgaben nun einfach bei der Stadt beziehen will. Es hat Mehrausgaben von 1,4 Millionen Franken und muss dem ZVV massiv mehr abgeben, weshalb es auch an den Kanton gelangen wird. Darüber hinaus will man dem privaten Nutzer teurere Getränkepreise und Standpreise verrechnen. Dies in einer kurzen Weisung abzuhandeln, finden wir nicht richtig. Das Komitee hat relativ viele Eigenmittel, deshalb empfiehlt die SVP eine gesamthafte Kürzung von 350 000 Franken: 150 000 Franken beim Züri Fäscht und 200 000 Franken beim Reformationsfest. Die 1,4 Millionen Franken Mehrausgaben könnte das Komitee aus Eigenmitteln stellen, jedoch ist eine halbe Million Franken davon gebunden. Schon 2009 wollte man das Guthaben des Züri Fäscht bis 2013 auf 0 senken, das Komitee hat aber immer noch 964 000 Franken ungebundene Eigenkapitalien. Der Stadtrat will in den nächsten 4 bis 5 Jahren 2,5 Millionen Franken in das Reformationsjubiläum investieren. Das ist uns zu viel. Es geht hier nicht um die Inhalte der Reformation, sondern um die Ausstrahlung der Stadt. Die reformierte Kirche befindet sich in einer Vorwärtsstrategie, durch die Kürzung wird die reformierte Kirche nicht schlechter aufgestellt sein.*

**Felix Moser (Grüne):** *Wir finden es auch schwierig, wenn die Stadt Auflagen macht und diese dann umgehend wieder durch die Stadt gezahlt werden sollen. Wir schlagen deshalb eine Minderung um 100 000 Franken vor.*

**Shaibal Roy (GLP):** Die Mehrheit der RPK schlägt vor, hier mit dem Stadtrat zu gehen und uns die Diskussionen, um wenigstens dem Effizienzvorschlag der AL entgegen zu kommen, zu ersparen.

Weitere Wortmeldung:

**Kyriakos Papageorgiou (SP):** Der AL-Antrag ist etwas lachhaft und ausser Traktandum zu kippen. Zum Minderheitsantrag 2 von der SVP: Für mich ist es sehr befremdlich, wenn ausgerechnet die Schweizerische Volkspartei das Zürcher Volksfest in einem kleineren Ausmass veranstalten will. Wenn Zürcherinnen und Zürcher unfallfrei heim kommen sollen, ist das nicht möglich. Es ist auch befremdlich, die Beiträge an das Reformationsjubiläum zu kürzen. Dies sollte würdevoll in der Stadt organisiert und durchgeführt werden.

**Roger Liebi (SVP):** Wenn man unbedingt Huldrych Zwingli huldigen möchte, sollte man jeden Mittwoch in diesem Parlament sparsam mit den Finanzen umgehen. Die Reformation soll durchaus gefeiert werden, doch die Stadt muss im Hinblick auf die nächsten Jahre sorgsam mit den Finanzen umgehen. Es gibt also keine Kürzungstabus, ob uns das nun in einzelnen Fällen passt oder nicht.

**Roger Tognella (FDP):** Bei allen Festivitäten geht es um die Rahmenbedingungen. Die Rahmenbedingungen der Stadt sind zwar gut, könnten aber besser sein. Die Vereine brauchen deshalb grössere Beiträge, weil es auch Rahmenbedingungen gibt, die man entsprechend wieder zahlen muss. Wenn man die Auslagen so generiert, dass man über höhere Beiträge einfach die neuen Auflagen von der Stadt zahlen lässt, ist dies auch falsch. Man muss dies anhand der einzelnen Weisungen beurteilen, die kommen. Dabei sollte man die Rahmenbedingungen anschauen, die Leistungen, die die Stadt erbringt und unsere Erwartungen. Und dann im einzelnen beurteilen, was sie uns wert sind. Der Antrag hier ist deshalb verfrüht.

S. 119 15		PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT			
1500		Präsidentialdepartement Zentrale Verwaltung			
3650 0000		Beiträge an private Unternehmungen			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
025.	Antrag Stadtrat			835 000	Mehrheit Shaibal Roy (GLP) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli (SP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)
		300 000		535 000	Minderheit 1 Vizepräsident Walter Angst (AL) Referent
		350 000		485 000	Minderheit 2 Martin Bürlimann (SVP) Referent, Roger Liebi (SVP)
		100 000		735 000	Minderheit 3 Felix Moser (Grüne) Referent, Christian Traber (CVP)



Begründung: AL: Verzicht auf Beitragserhöhung an Verein Zürcher Volksfeste; SVP: Reduzierte Erhöhung an Verein Zürcher Volksfeste (Fr. 150 000), Reduktion Beitrag Reformationsjubiläum um 50 % (Fr. 200 000); Grüne: Kleinere Beitragserhöhung an Verein Zürcher Volksfeste

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat/Mehrheit	(835 000)	72 Stimmen
--------------------------	-----------	------------

Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt.

---

Antrag 026.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

**Walter Angst (AL):** *In der Kulturabteilung sollte geprüft werden, ob man Gelder in der Verwaltung für konkrete Kulturprojekte frei spielen kann. Die Verwaltung Kultur hat 32 Stellen, davon sind zwei Stellen im Helmhaus und im Filmpodium für konkrete Arbeiten eingesetzt, die restlichen sind Verwaltungsstellen. Bei diesen 30 Stellen könnte man prüfen, ob man eine davon im laufenden Jahr aufheben kann um entsprechende Gelder einzusparen, und diese nachher woanders einzusetzen.*

**Andrea Nüssli (SP):** *Die Kürzung auf diesem Konto trifft die Kleinstpensen von Angestellten im Stundenlohn. Im Filmpodium müssten die Kindervorstellungen, im Helmhaus die Abendveranstaltungen und am Theaterspektabel die Nachmittagsveranstaltungen für Familien gestrichen werden.*

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

**STP Corine Mauch:** *Es ist ein relativ abenteuerlicher Kürzungsantrag. Auf dem Lohnkonto soll mit der Begründung, dass Verwaltungskosten in Höhe von 100 000 Franken eingespart werden, gekürzt werden, zusätzlich ist der Antrag mit einem anderen Antrag verbunden, mit welchem man einen Infrastrukturbeitrag an ein Zwischennutzungsmuseum zahlen will. Tatsache ist, dass die Stellen in der Kulturabteilung gesicherten Verträgen unterliegen. Hier können wir nicht kürzen, ohne Kündigungen auszusprechen und das ist nicht möglich. Den Spielraum hätten wir also nur bei den Angestellten im Stundenlohn. Das würde Kulturschaffende und Veranstaltungen direkt treffen. Weil nur hier ein Spielraum besteht und uns Kündigungen nicht bekannt sind, bitte ich im Namen des Stadtrats diesen Antrag abzulehnen.*

5 / 49

S. 120	15 1501 3010 0000	<b>PRÄSIDIALDEPARTEMENT Kultur Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>026.</b>	Antrag Stadtrat				3 707 800 Minderheit	Andrea Nüssli (SP) Referentin, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Felix Moser (Grüne), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
			100 000		3 607 800 Mehrheit	Vizepräsident Walter Angst (AL) Referent, Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Shaibal Roy (GLP), Raphaël Tschanz (FDP)
						Begründung: Verwaltungskosten zugunsten Beitrag ArtDock reduzieren

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 65 gegen 60 Stimmen zu.

Gemeinsame Behandlung der Anträge 027. und 028. (Postulat GR Nr. 2015/388)

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

**Walter Angst (AL)** begründet den Antrag der Kommissionsmehrheit und das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1484/2015): In der letzten stehenden Halle des Güterbahnhofs wird seit einigen Jahren eine Zwischennutzung praktiziert, die in diversen Segmenten der Stadt auf Interesse gestossen ist. Die Zwischennutzung ist aus finanziellen Gründen gefährdet. Der Stadtrat soll die Fortsetzung dieser Zwischennutzung prüfen. Dazu soll kein Fixbetrag gesprochen werden, sondern Diskussionen aufgenommen und dafür gesorgt werden, dass der Kanton die Halle nicht abbricht, wenn die Zwischennutzung abgebrochen werden muss. Es liegt im Interesse der Stadt, solche Freiräume so lange wie möglich zu erhalten. Momentan finden dort Ausstellungen von Zürcher Künstlerinnen und Künstlern statt. Wenn dies nicht weitergeführt werden kann, ist es immer noch eine interessante Halle für andere Zwischennutzungen.

**Severin Pflüger (FDP):** Wir haben in der Stadt verschiedene Museen, in denen Kunst konsumiert und einem breiten Publikum zugänglich gemacht wird. Nachlässe von Künstlern zu sichern, ist verdienstvoll. Die Sicherung eines Nachlasses ist aber Aufgabe von Erben oder Sammlern. Repräsentative Kunstwerke werden durch das Kunsthaus gesichert und dem Publikum zugänglich gemacht. Wenn man darüber hinausgehen will, ist das eine private Angelegenheit. Es gibt keinen Grund, dies als Stadt auch noch mit einem Infrastrukturbeitrag zu unterstützen.

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

**STP Corine Mauch:** Das Projekt Art Dock auf dem Güterbahnhofareal ist unbestritten toll. Hier ist aber der Kanton der Vertragspartner für beide Hallen. Ein Gebrauchsleihvertrag läuft Ende August 2016 aus, für die andere Halle besteht ein Gebrauchsleihvertrag, der Ende Juni 2016 ausläuft. In dieser Halle werden die Wechselausstellungen durchgeführt und sie wird so oder so nach Vertragsende für das Projekt PJZ durch den Kanton benötigt. Es ist unklar, ob der andere Vertrag, der bis Ende August läuft, verlängert werden kann. Die Stadt war bereit, das Projekt Art Dock mit einem einmaligen Projektförderungsbeitrag für eine dort geplante Weihnachtsausstellung zu unterstützen. Das Ressort bildende Kunst hat diesen genehmigt, allerdings ist die Veranstaltung wegen mangelnder Beteiligung nicht zustande gekommen. Wir probieren das Projekt im Rahmen unserer Möglichkeiten zu unterstützen. Leider ist Art Dock nicht in der Lage, rudimentärsten Ansprüchen zu genügen, wenn es darum geht, einen mittel- oder langfristigen Business- und Budgetplan aufzustellen. Einen Infrastrukturbeitrag für ein Projekt zu leisten, von dem nicht sicher ist, ob und wie es weitergeführt wird, finden wir nicht richtig. Gewisse minimale Anforderungen müssen wir einfach stellen.

Weitere Wortmeldungen:

**Andrea Nüssli (SP):** Wir sind für das Projekt, wenn wir dem Antrag jedoch zustimmen, sprechen wir das Geld nicht dem Projekt zu, sondern der Verwaltung. Diese kann das Budget in Anspruch nehmen, wenn die Rahmenbedingungen stimmen und die Ausgaben belegt und abgerechnet werden. Deshalb stimmt die SP dem Mehrheitsantrag zu.

**Dr. Daniel Regli (SVP):** Es geht hier um Kunst, die man für ein Jahr unterstützen kann. Für einen weiteren Infrastrukturbeitrag sind wir nicht. Beim Deal machen wir mit, aber das Postulat werden wir vehement ablehnen. Wir wehren uns auch gegen den Gedanken, die Halle nicht ganz abzureissen.

**Eduard Guggenheim (AL):** Stiftungspräsident Ralph Baenziger ist hochengagiert, hat sein ganzes Geld in die Kunst gesteckt und Künstlerinnen und Künstler immer unterstützt. Der städtische Beitrag an die Weihnachtsausstellung in Höhe von 5000 Franken hätte natürlich nicht gereicht, um diese durchzuführen. Der letzte Rest des Güterbahnhofs soll abgerissen werden, um ein Rückhaltebecken bei Überflutungen ein wenig zu vergrössern. Man kann das Projekt nochmals unterstützen, was dort gemacht wird, ist für die Kultur der Stadt wesentlich und wichtig.

**Severin Pflüger (FDP):** Zum Antrag 26: Man spielt zwei verschiedene Kulturgattungen und Kulturträger gegeneinander aus. Man hat hier viele Vollzeitstellen in einem normalen Anstellungsverhältnis und einige Teilzeitstellen. Das Filmpodium und Helmhaus dem Art Dock gegenüber zu stellen, hat uns schon ein wenig Bauchschmerzen gemacht. Aber wenn die AL sagt, dass dort Kürzungspotenzial vorhanden ist, dann glauben wir ihnen.

**Niklaus Scherr (AL):** Es stellt sich die Frage, was wir für ein Kulturverständnis haben, ein buchhalterisches oder ein erweitertes. Leute, die künstlerisch aktiv sind, passen

*meistens nicht in ein rosa Kulturbürokratieraster, aber sie sind wichtig für ein Stück Lebensqualität in dieser Stadt. Ralph Baenziger bringt das Stück kreativer Anarchie in die zwinglianische Stadt Zürich hinein, wenn man dies als Liberaler in diesem Parlament nicht vorbringen kann, dann enttäuscht mich das. Baenziger war einer der privaten Mäzene, der ganz viele lokale Künstler unterstützt hat und jetzt dafür kämpft, dass ihre Nachlässe noch irgendwo ein Gehör und Gesicht finden können.*

**Markus Hungerbühler (CVP):** *Offensichtlich hat die Stiftung keine Ahnung von den minimalsten Anforderungen der Rechnungslegung und kann kein Budget zusammenstellen. Dann muss der Vorstoss abgelehnt werden. Buchhaltung ist nicht zu unterschätzen, ohne Buchhaltung kein Geld.*

**STP Corine Mauch:** *Die grundsätzlichen Ansätze der Rechnungslegung beherrscht die Stiftung zwar nicht, aber wir sind bereit, grosszügig zu sein. Wir haben Ralph Baenziger nicht nur mit Geld unterstützt, viele Werke, die dort ausgestellt sind, stammen aus der städtischen Kunstsammlung. Wir unterstützen ihn also auch diesbezüglich sehr stark.*

S. -	15 1501 3650 0000	<b>PRÄSIDIALDEPARTEMENT Kultur Beiträge an private Unternehmungen</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>027.</b>	Antrag Stadtrat			100 000	100 000	<p>Minderheit Dr. Urs Egger (FDP) Referent, Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)</p> <p>Mehrheit Vizepräsident Walter Angst (AL) Referent, Martin Bürlimann (SVP), Roger Liebi (SVP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP)</p> <p>Enthaltung Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Andrea Nüssli (SP), Florian Utz (SP)</p>
			Begründung: Beitrag Zwischennutzung Güterbahnhof (ArtDock)			

Abstimmung gemäss Art. 43<sup>bis</sup> Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 98 gegen 27 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

8 / 49

**1493. Antrag 029.**

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Christian Traber (CVP):** In der Rechnung 2014 waren auf diesem Posten 9500 Franken eingestellt, dieses Jahr waren es 13 500 Franken und jetzt sollen es 21 000 Franken sein. Für die Aus- und Weiterbildung von neuangestellten Mitarbeitern sollte das Budget von 2015, also 13 500 Franken, ausreichend sein.

**Shaibal Roy (GLP):** Es handelt sich um 200 Franken pro Mitarbeiter, ein moderater Schnitt. Das Wachstum der Kosten auf diesem Konto ergibt sich aus der Anstellung neuer Mitarbeiter in den letzten Jahren, acht neue Mitarbeiter allein in den Jahren 2014/2015. Wir gehen aber davon aus, dass das Budget nicht ausgeschöpft wird und bitten deshalb darum, mit der Mehrheit zu stimmen.

S. 120	15 1501 3091 0000	<b>PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT Kultur Aus- und Weiterbildung des Personals</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>029.</b>	Antrag Stadtrat				21 000	Mehrheit
			7 500		13 500	Minderheit
						Shaibal Roy (GLP) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Florian Utz (SP) Christian Traber (CVP) Referent, Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Raphaël Tschanz (FDP)

Begründung: Budget 2015 nicht überschreiten

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 74 gegen 49 Stimmen zu.

**Antrag 030.**

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Martin Bürlimann (SVP):** Wir beantragen eine Kürzung von 209 400 Franken. Also fast eine Halbierung, die wir auch unter anderen Umständen aufrechterhalten hätten.

**Shaibal Roy (GLP):** Der Betrag wurde in den Vorjahren schon deutlich gekürzt und zwar über 100 000 Franken. Ein gutes Beispiel also, wie eine Einsparung effektiv realisiert werden kann.

Weitere Wortmeldungen:

**Dr. Daniel Regli (SVP):** 56 000 Franken sind auf der Liste schon einmal nicht aufgeführt, man weiss also nicht, wofür sie verwendet werden. Für den Helmhaus-Katalog und die Plakate werden 100 000 Franken aufgewendet. Die Tagesanzeiger-Partnerschaft ist noch nicht alles. Das Theater Hechtplatz benötigt 90 000 Franken für seine Plakate und Broschüren. Mit diesen Beträgen sind wir schon über den geforderten 209 400 Franken.

**Roger Liebi (SVP):** Wir mussten einige Zugeständnisse machen bei Anträgen um grosse Beträge, die nicht durchkamen und von denen wir sicher waren, dass sie durchkommen. Deshalb halten wir an unseren Einsparungen fest.

S. 120	15 1501 3101 0000	<b>PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT Kultur Druck-, Reproduktions- und Vervielfältigungskosten</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>030.</b>	Antrag Stadtrat				409 400	Mehrheit
			209 400		200 000	Minderheit
						Shaibal Roy (GLP) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP) Martin Bürliemann (SVP) Referent, Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Raphaël Tschanz (FDP)
			Begründung: Weniger Plakate und Broschüren drucken für Zürcher Kulturinstitutionen			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 82 gegen 43 Stimmen zu.

Antrag 031.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Martin Bürliemann (SVP):** Die 246 000 Franken beziffern eine Halbierung. Doch es gibt immer noch genug Geld für Werbemassnahmen. Konkurrenz für Private durch staatliche Kulturinstitute ist nicht erwünscht.

**Shaibal Roy (GLP):** 210 000 Franken sind allein aus der Medienpartnerschaft mit dem Tagesanzeiger für das Theaterspektakel, mit Einnahmen im entsprechenden Betrag auf dem Gegenkonto eingestellt. Bei einer Zustimmung des Antrags würde man also auf diesem Konto ins Minus fallen.

Weitere Wortmeldung:

**Dr. Daniel Regli (SVP):** Wir beantragen eine Kürzung von 246 000 Franken. Die Medienpartnerschaft mit dem Tagesanzeiger beträgt 210 000 Franken. Der grosse andere Posten ist das Theater Hechtplatz, das für Inserate 150 000 Franken ausgibt. Wir leben in einem elektronischen Zeitalter, man muss für den Druck von Broschüren und Plakaten sowie für Inserate nicht mehr soviel Geld aufwenden. Der Hechtplatz benötigt sechsmal mehr als das Helmhaus, sieben Mal mehr als das Filmpodium. Wie ist das legitimiert? Eine Medienpartnerschaft verstehe ich so, dass der Tagesanzeiger für 210 000 Franken in eigener Regie Inserate schaltet und die Stadt diese 210 000 Franken zahlt. Für den Tagesanzeiger kostet es nie 210 000 Franken, wenn sie ihre eigenen Inserate schalten. Hier kann man ohne weiteres beim Hechtplatz und beim Theaterspektakel einsparen.

S. 120	15 1501 3101 0109	<b>PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT</b> <b>Kultur</b> <b>Insertionsaufwendungen</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
031.	Antrag Stadtrat				446 000	Mehrheit
			246 000		200 000	Minderheit
						Shaibal Roy (GLP) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP) Martin Bürlimann (SVP) Referent, Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Raphaël Tschanz (FDP)

Begründung: Weniger Insertionen für Zürcher Kulturinstitutionen

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 82 gegen 43 Stimmen zu.

---

Antrag 032.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Severin Pflüger (FDP):** Da der Antrag 8 mit der tabellarischen Kürzung angenommen worden ist, wird dieser Antrag zurückgezogen.



S. 120	15 1501 3111 0000	<b>PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT Kultur Anschaffungen Maschinen, Geräte, Fahrzeuge</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
032.	Antrag Stadtrat				122 500 Mehrheit	Shaibal Roy (GLP) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
			13 000		109 500 Minderheit	Dr. Urs Egger (FDP) Referent, Martin Bürlimann (SVP), Roger Liebi (SVP), Raphaël Tschanz (FDP)
			Begründung: Verzicht auf Neuanschaffungen (keine Werkzeuge) für Theaterspektakel			

Severin Pflüger (FDP) zieht den Antrag der Minderheit zurück.

Damit ist dem Antrag der Mehrheit stillschweigend zugestimmt.

---

### Antrag 033.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Severin Pflüger (FDP):** Die Lebensmittel sind schwierig zu budgetieren. Zudem steht ihnen ein Ertragskonto gegenüber, wenn die Lebensmittel verkauft worden sind. In der Rechnung 2014 wurden noch 150 000 Franken ausgegeben, im Budget 2015 wurden dann nur noch 137 000 Franken eingestellt und jetzt möchte man wieder 147 000 Franken einstellen. Angesichts der schwierigen Budgetierung gehen wir zurück auf das Budget 2015 von 137 000 Franken.

**Shaibal Roy (GLP):** Wenn man mehr Lebensmittel einkauft, stehen diesen mehr Verkäufe entgegen und wenn diese nicht unter Einkaufspreis verkauft werden, sollte dem im Budget eine effektive Verbesserung gegenüberstehen. Mit einer Streichung um 10 000 Franken würde man das verhindern und deshalb empfehlen wir hier mit der Mehrheit zu gehen.



12 / 49

S. 121	<b>15</b> <b>1501</b> <b>3135 0000</b>	<b>PRÄSIDIALDEPARTEMENT</b> <b>Kultur</b> <b>Lebensmittel</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>033.</b>	Antrag Stadtrat				147 000 Mehrheit	Shaibal Roy (GLP) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
			10 000		137 000 Minderheit	Dr. Urs Egger (FDP) Referent, Martin Bürlimann (SVP), Roger Liebi (SVP), Raphaël Tschanz (FDP)
			Begründung: Plafonierung Budget 2015			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 80 gegen 43 Stimmen zu.

---

#### Antrag 034.

Kommissionsminderheiten/-mehrheit:

**Martin Bürlimann (SVP):** Die Minderheit 1 beantragt hier eine Verbesserung von 363 000 Franken. Es geht bei den Liegenschaften um eine Anmietung zweier Wohnungen in Zürich für Kulturschaffende aus dem Ausland und im Budget 2015 ist mit 30 000 Franken eine vergünstigte Atelierwohnung in Istanbul angemietet worden. Es ist jedoch keine Kernaufgabe des Staats, Wohnungen im Ausland zu mieten. Deshalb ist eine Optimierung von Fremdmieten durchaus möglich.

**Christian Traber (CVP):** Wir sind der Meinung, dass der Anstieg für 2016 nicht gerechtfertigt ist, und bitten darum, dem Budget von 2015 zuzustimmen, was einer Kürzung von 35 300 Franken entspricht.

**Shaibal Roy (GLP):** Es gibt einen Gemeinderatsbeschluss von 2008 für die Erhöhung der Künstlerwohnungen, der das im vorgeschlagenen Rahmen vorsieht. Deshalb bitte ich, mit der Mehrheit zu stimmen.

Weitere Wortmeldungen:

**Roger Liebi (SVP):** Ist es sinnvoll, in einer Zeit, in der wir um jeden Rappen kämpfen, dass man Künstlerwohnungen in New York, Istanbul, Kairo und Berlin finanziert? Ist das die Aufgabe der Stadt? Ich kann nicht nachvollziehen, dass man bei den Kürzungen



Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt.

---

Antrag 035.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Martin Bürlimann (SVP):** Die Minderheit beantragt eine Kürzung von 664 100 Franken. Es geht um Preisverleihungsfeiern, die man vergünstigen kann, Evaluationen und Beratungen, die man minimieren kann und Tanz- und Theaterlandschaft, die man überprüfen soll und diese Überprüfung ist nicht notwendig.

**Walter Angst (AL):** Der Tabellenkürzungsantrag wurde abgelehnt; der Betrag, der vom Stadtrat beantragt wird, liegt im Rahmen des Budgets. Wir haben vor kurzem bei den Zusatzkrediten auf dem Konto zusätzliche Mittel für die Produktion im Theater Hechtplatz beschlossen, deshalb ist es nicht sinnvoll, jetzt die Kürzung zu beschliessen.

Weitere Wortmeldungen:

**Shaibal Roy (GLP):** Wir wechseln zur Minderheit, obwohl wir mit der Begründung nicht einverstanden sind. Aber wir haben eine 10 %-Kürzung auf diesem Konto angestrebt und streben diese auch weiterhin an.

**Severin Pflüger (FDP):** Wir sind der Meinung, dass die Überprüfung der Tanz- und Theaterlandschaft sehr nötig ist. Es gibt Redundanzen und Entwicklungsmöglichkeiten, die überprüft werden müssen. Wir möchten eine saubere Evaluation, um nachher effektiv zu entscheiden, was mit unseren Theaterhäusern passiert. Wenn wir ein starker Kulturplatz sein wollen in der Theaterszene, ist es notwendig, dafür Mittel in die Hand zu nehmen.

**Christian Traber (CVP):** Unter dem Aspekt der Überprüfung werden auch wir von der Mehrheit zur Minderheit wechseln und die 10 %-Kürzung unterstützen.

**Andrea Nüssli (SP):** Wir sind nicht für eine Kürzung. Wir möchten, dass die Preisverleihungsfeiern weiterhin durchgeführt werden und auch, dass die Tanz- und Theaterlandschaft weiterhin das geplante Budget zur Verfügung hat. Wir unterstützen deshalb den Stadtrat.

**Dr. Daniel Regli (SVP):** Es sind nur 350 000 Franken eingestellt für Preisverleihungen, Evaluationen und die Überprüfung der Tanz- und Theaterlandschaft. Ein grosser Posten sind die Löhne, wo nur eine 10 %-Kürzung möglich ist. Wir bleiben bei unserer 10 %-Kürzung.

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

**STP Corine Mauch:** *Im Kulturbetrieb muss man weit vorausplanen und genauso weit im voraus werden Verträge abgeschlossen, die bindend sind. Andererseits werden Einnahmen generiert, die auf diesem Konto nicht ersichtlich sind.*

S. 121	15 1501 3180 0000	<b>PRÄSIDIALDEPARTEMENT Kultur Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
035.	Antrag Stadtrat				6 427 500	Mehrheit
			664 100		5 763 400	Minderheit
						Shaibal Roy (GLP) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP) Martin Bürlimann (SVP) Referent, Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Raphaël Tschanz (FDP)
			Begründung:	Preisverleihungsfeiern vergünstigen, Evaluationen/Beratungen minimieren, Tanz- und Theaterlandschaft nicht überprüfen		

Der Rat stimmt dem Antrag der Minderheit mit 63 gegen 62 Stimmen zu.

---

Antrag 036.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Dr. Daniel Regli (SVP):** *Es gibt freie Ressortkredite in der Höhe von sechs Millionen Franken für Theater, Bildende Kunst, Tanz, E-Musik, Jazz/Rock/Pop. Dazu 190 000 Franken freie Ressortkredite für interdisziplinäre Gesuche, für Diverses 300 000 Franken, Stipendien für eine Million Franken und dann eine Fülle von Krediten, die nie das Licht des Gemeinderats erblickt haben. Bei über sieben Millionen Franken hätte man also Handlungsspielraum, aber die knapp 103 Millionen Franken kann man offensichtlich nicht ändern, diese seien schon beschlossen.*

**Shaibal Roy (GLP):** *Das man einen willkürlichen Betrag herausschneidet, ist nicht einfach möglich. Auch wenn man vielleicht gewisse Sympathien hegt für den Vorschlag, langjährige Verträge mit Grossinstitutionen nochmals zu untersuchen. Im Rahmen des Budgets kann das aber nicht passieren, es bestehen hier Gemeinderatsbeschlüsse.*

Weitere Wortmeldungen:

**Roger Liebi (SVP):** *Es wurden von der Mehrheit auch Kürzungsanträge um 10 % bewilligt. Hier geht es um eine 5 %-Kürzung. Die Argumentation kann ich also nicht ganz nachvollziehen.*

**Dr. Daniel Regli (SVP):** *Es ist nicht willkürlich. Genau zu den Ausgaben, die der Gemeinderat nicht mit einer Weisung durchgewunken hat, sondern zu den anderen Posten wurde argumentiert. Von den sieben Millionen Franken, die ich angesprochen habe, sind fünf Millionen Franken keineswegs willkürlich.*

S. 122	<b>15</b> <b>1501</b> <b>3652 0000</b>	<b>PRÄSIDIALDEPARTEMENT</b> <b>Kultur</b> <b>Kulturförderungsbeiträge</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>036.</b>	Antrag Stadtrat				103 963 700	Mehrheit
			5 000 000		98 963 700	Minderheit
			Begründung: Langjährige Subventionen annullieren, Förderkredite nicht ausschöpfen			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 103 gegen 22 Stimmen zu.

Antrag 037.

Kommissionsreferent:

**Shaibal Roy (GLP):** *Da der zweckgebundene Kulturanteilsbetrag gemäss dem Finanzausgleichsgesetz nicht dem effektiven Betrag inklusive Berücksichtigung der negativen Teuerung entspricht, sondern kalkulatorisch mit 43,5 Millionen Franken eingestellt worden ist, fehlt hier die Korrektur von 600 000 Franken. Der korrekte Betrag, teuerungsbereinigt, ist der Betrag von 44,1 Millionen Franken. Deshalb stimmt die RPK-Gesamtheit für die Korrektur um 600 000 Franken.*



17 / 49

S. 123 15  
1501  
4980 0111

PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT  
Kultur  
Vergütung der Finanzverwaltung für Anteil Zentrumslastenausgleich Kultur

	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
037. Antrag Stadtrat		600 000	-44 105 400 -43 505 400	Zustimmung Shaibal Roy (GLP) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)

Begründung: Gemäss Angaben Gemeindeamt (Revisionsbericht Finanzkontrolle Stadt Zürich)

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 125 gegen 0 Stimmen zu.

---

### Antrag 038.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Martin Bürlimann (SVP):** Die Stadt beteiligt sich mit 200 000 Franken an einem Investitionsprojekt, namentlich der Erneuerung der Infrastruktur, die vom Gönnerverein des Theaterspektakels getragen wird. Das Investitionsprojekt will das Festivalgelände teilweise neu gestalten, im Vordergrund stehen Eingangsportale und ein Ersatz für das Haus am See. Die bisherigen Zelte bei den Eingangsportalen entsprechen nicht mehr den statischen Anforderungen. Das stimmt, allerdings ist die Minderheit der Meinung, dass das Theaterspektakel schon sehr viel städtische Unterstützung bekommt und Unterstützungen in Investitionen nicht notwendig sind.

**Shaibal Roy (GLP):** Es geht hier vor allem um die Eingangsbereiche, weil die Zelte nicht mehr den statischen Ansprüchen entsprechen und schon im letzten Jahr Mietlösungen dafür gefunden werden mussten. Das ist mittel- bis langfristig teurer, als wenn wir eine Investition tätigen und zudem stellt dies ein Sicherheitsrisiko dar. Von den Gesamtinvestitionen wird ein wesentlicher Anteil vom Lotteriefonds und Privaten getragen. Die Sponsoren bestehen auf einem attraktiven Eingangsbereich und werden sich aller Voraussicht nach auch noch an dem Projekt beteiligen.

Weitere Wortmeldung:

**Dr. Daniel Regli (SVP):** Der Gönnerverein des Theaterspektakels sollte etwas geben





20 / 49

S. 125	<b>15</b> <b>1505</b> <b>3181 0000</b>	<b>PRÄSIDIALDEPARTEMENT</b> <b>Stadtentwicklung Zürich</b> <b>Post- und Telekommunikationsgebühren</b>				
			Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen
<b>040.</b>	Antrag Stadtrat				18 000	Minderheit Felix Moser (Grüne) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Andrea Nüssli (SP), Florian Utz (SP)
			3 000		15 000	Mehrheit Vizepräsident Walter Angst (AL) Referent, Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)
						Begründung: Verzicht Stadtblick

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 72 gegen 51 Stimmen zu.

---

#### Antrag 041.

Wortmeldungen siehe Antrag 040.

S. 125	<b>15</b> <b>1505</b> <b>3911 0000</b>	<b>PRÄSIDIALDEPARTEMENT</b> <b>Stadtentwicklung Zürich</b> <b>Vergütung an SBMV für Material/Dienstleistungen</b>				
			Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen
<b>041.</b>	Antrag Stadtrat				26 000	Minderheit Felix Moser (Grüne) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Andrea Nüssli (SP), Florian Utz (SP)
			8 000		18 000	Mehrheit Vizepräsident Walter Angst (AL) Referent, Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)
						Begründung: Verzicht Stadtblick

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 71 gegen 52 Stimmen zu.

---

21 / 49

Antrag 042.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Martin Bürlimann (SVP):** Die Minderheit beantragt eine Kürzung um 80 000 Franken. Es sind zu viele Mitgliedschaften, man sollte sich auf das Wesentliche konzentrieren und dort auch den entsprechenden Beitrag leisten.

**Shaibal Roy (GLP):** Als grösster Posten steht der Betrag des Vereins Metropolitanraum an, der mit seiner Zielsetzung, der Stärkung der Wirtschaft, des Verkehrs, der Gesellschaft und des Lebensraums eigentlich den Zielsetzungen von liberalen und volksparteilichen Interessen entsprechen müsste.

Weitere Wortmeldung:

**Dr. Daniel Regli (SVP):** Wir beantragen eine markante Kürzung. Der Verein Metropolitanraum bekommt jedes Jahr 41 000 Franken zugesprochen. Warum soll man nicht austreten können? Hier muss ein Signal gesetzt werden, vor allem, weil hier auch wieder 15 000 Franken nicht ausgewiesen sind.

S. 125	15 1505 3197 0000	<b>PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT</b> <b>Stadtentwicklung Zürich</b> <b>Mitgliederbeiträge</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>042.</b>	Antrag Stadtrat			80 000	100 000 Mehrheit  20 000 Minderheit	Shaibal Roy (GLP) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)  Martin Bürlimann (SVP) Referent, Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Raphaël Tschanz (FDP)
			Begründung: Mitgliederbeiträge reduzieren oder annullieren			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 82 gegen 43 Stimmen zu.

Antrag 043.

Kommissionsmehrheit/-minderheiten:

**Shaibal Roy (GLP):** Nachdem der Gemeinderat letzten Mittwoch beschlossen hat, die



Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt.

Antrag 044.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Roger Liebi (SVP):** Die Fachstelle für Gleichstellung muss man auflösen, in der Stadt sollte das ja alles bereits umgesetzt sein. Für die Studien, die die Fachstelle ausarbeitet, wird sie nicht benötigt.

**Shaibal Roy (GLP):** Es heisst, die Gleichberechtigung sei bereits erreicht und die Lohnungleichheit vermutlich auch inexistent. Alle Statistiken beweisen das, die kann man auf die eine oder andere Art lesen. Die Berechtigung der Fachstelle ist sehr wohl gegeben, denn die Zahlen und Fakten zur Gleichstellung sind noch nicht an den Mann und die Frau gelangt. Darum empfiehlt die Mehrheit, diesen Antrag abzulehnen.

Weitere Wortmeldungen:

**Karin Rykart Sutter (Grüne):** Die FDP hat mehrere Jahre hintereinander Kürzungsanträge auf diesem Konto gestellt, aber bisher nie gesagt, dass die Gleichstellung erreicht ist. Mich würde interessieren, warum die FDP nun der Meinung ist, dass die Gleichstellung erreicht ist und die Fachstelle nicht mehr benötigt wird.

**Karin Weyermann (CVP):** Wir sind der Fachstelle eher kritisch gegenüber eingestellt. Trotzdem unterstützen wir den Antrag nicht, weil man nicht einfach per 1. Januar 2016 auf Null runtergehen kann. Durch eine Verschiebung von Stellen ins HR – und somit von der Fachstelle weg – könnte man abbauen, aber müsste nicht die Fachstelle ganz aufgeben.

**Severin Pflüger (FDP):** Unter dem Antrag 45 werde ich unsere Motivation genauer erläutern.

S. 127 15  
1506  
Saldo

PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT  
Fachstelle für Gleichstellung  
Laufende Rechnung / Saldo

		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
044.	Antrag Stadtrat			1 754 100	Mehrheit	Shaibal Roy (GLP) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)

24 / 49

1 754 100

0 Minderheit

Roger Liebi (SVP) Referent, Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Raphaël Tschanz (FDP)

Begründung: Fachstelle für Gleichstellung auflösen, nicht nötig, da Gleichstellung erreicht

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 79 gegen 43 Stimmen zu.

---

#### Antrag 045.

Kommissionsminderheiten /-mehrheit:

**Severin Pflüger (FDP):** *Wir haben auf verschiedene Art probiert zu erläutern, dass die Fachstelle mit zehn Personen, wovon sechs Personen Projektleiter sind, absolut überdotiert ist. Die Gleichstellung, die voranschreitet, bedingt, dass die Themen, die die Fachstelle aufnimmt, immer weniger werden und schwerer umzusetzen sind. Um ihre Existenz zu begründen, fördert sie immer mehr Aktivitäten. Wieso braucht eine überpersonalisierte Fachstelle 290 000 Franken Entschädigungen für Dritte? Man könnte sehr viel selbst erledigen. Beim Thema Lohngleichheit gibt es Defizite, das ist unbestreitbar. Aber trotzdem braucht man die Stelle in dem Umfang nicht mehr.*

**Christian Traber (CVP):** *Wir haben den Antrag gestellt, eine moderate Kürzung zurück auf das Budget 2015 zu bewilligen. Wir sind der Meinung, dass diese Kürzung erstmal ausreicht.*

**Walter Angst (AL):** *Die RPK-Mehrheit ist der Meinung, dass das Budget, das seit langer Zeit gleich bleibt, weiterhin gleichbleiben soll und beantragt, dem Stadtrat zu folgen.*

Weitere Wortmeldungen:

**Shaibal Roy (GLP):** *Die GLP geht zurück auf ihren tabellarischen Antrag der 10 %-Kürzung und wird entsprechend zur Minderheit 2 wechseln.*

**Stefan Urech (SVP):** *In Europa gibt es nur noch eine Stadt, die rot-grüner ist als Zürich, nämlich Winterthur. Das allererste, was dort nach dem Finanzcrash gestrichen wurde, war die Fachstelle für Gleichstellung.*

**Severin Pflüger (FDP):** *Wir schwenken auch um zur Minderheit 2.*

25 / 49

S. 127 15  
1506  
3180 0000

**PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT**  
**Fachstelle für Gleichstellung**  
**Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter**

	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>045.</b> Antrag Stadtrat			290 000	Mehrheit
	150 000		140 000	Minderheit 1
	29 000		261 000	Minderheit 2
Begründung:	FDP: Verzicht auf Überangebot im Internet sowie externe Konsultationen und Fachinputs, keine Kontrolle Lohngleichheit bei Privaten, Lohnmobil, Genderkompetenz; CVP: Budget 2015 nicht überschreiten			

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat/Mehrheit	(290 000)	62 Stimmen
Antrag Minderheit 1	(140 000)	22 Stimmen
Antrag Minderheit 2	(261 000)	<u>41 Stimmen</u>
Total		125 Stimmen
= absolutes Mehr		63 Stimmen

Keiner der Anträge erhält das absolute Mehr; für die 2. Abstimmung ist der Antrag der Minderheit 1 ausgeschieden.

2. Abstimmung:

Dem Antrag der Minderheit 2 wird mit 63 gegen 62 Stimmen zugestimmt.

Antrag 046.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Dr. Urs Egger (FDP):** Die Minderheit beantragt beim Museum Rietberg eine Saldokürzung von 259 400 Franken.

**Shaibal Roy (GLP):** Das Museum Rietberg würde bei einer Kürzung um den vorgeschlagenen Betrag operativ lahmgelegt, denn über die Konti müssen Zahlungen und Verpflichtungen erfüllt werden. Sponsoren, die über Jahre dem Museum treu geblieben sind, haben auch dieses Jahr wieder Gelder gesprochen. Sie müssen sich darauf verlassen, dass die Bewerbung der Hauptausstellung mit dem fokussierten Jahresprogramm auch effektiv erfolgen kann.

S. 129	15 1520 Saldo	<b>PRÄSIDIALDEPARTEMENT</b> <b>Museum Rietberg</b> <b>Laufende Rechnung: Produktgruppen-Globalbudget / Saldo</b>			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>046.</b>	Antrag Stadtrat			8 669 200	Mehrheit
		259 400		8 409 800	Minderheit
		Begründung: Kürzung Saldo um 10 %, analog Sammelkürzungen auf den Kontogruppen 3091, 3101, 3180			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 75 gegen 49 Stimmen zu.

#### Antrag 047.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Roger Liebi (SVP):** Der Projektstab hat uns in der Zwischenzeit nicht wirklich überzeugt. Sowohl durch die Projekte, die er bearbeitet, noch durch den Erfolg dieser Projekte. Die Departemente können durchaus auch ohne den Projektstab die gleiche Wirkung erzielen.

**Shaibal Roy (GLP):** Die Stadt hat zunehmend komplexe und departementsübergreifende Projekte zu bewältigen. Für diese Projekte werden Programmmanager benötigt und diese sind im Projektstab angesiedelt. Sie müssen die Fäden der jeweiligen Subprojekte zusammenhalten und unterstehen dem Gesamtstadtrat. Eine Auflösung würde auch die Entlassung der 400 Stellenprozente bedeuten, das entspricht nicht der Stadt als Arbeitgeberin und dem Willen der RPK.

27 / 49

S. 136	<b>15</b> <b>1561</b> <b>Saldo</b>	<b>PRÄSIDIALDEPARTEMENT</b> <b>Projektstab Stadtrat im Präsidialdepartement</b> <b>Laufende Rechnung / Saldo</b>			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>047.</b>	Antrag Stadtrat			1 448 300	Mehrheit
		1 448 300		0	Minderheit
		Begründung: Projektstab Stadtrat auflösen			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 103 gegen 22 Stimmen zu.

---

Gemeinsame Behandlung der Anträge 048. und 049. (Postulat GR Nr. 2015/390)

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

**Walter Angst (AL)** begründet den Antrag der Kommissionsmehrheit und das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1486/2015): Der Antrag 48 möchte den Stadtrat auffordern zu prüfen, ob man im Rahmen 2016 eine Reduktion der Lohnkosten realisieren kann. Das Postulat macht dem Stadtrat den Vorschlag, generell zu schauen, ob man den Projektstab auf die wirklich notwendigen Arbeiten reduzieren kann. Dort wo Projekte aus dem Ruder laufen und es notwendig ist, dass eine zentrale Koordination installiert wird. Generell sollte man Projekte aufgleisen, die die zuständigen Dienstabteilungen selber bewältigen können. Die abteilungsübergreifenden Arbeiten sind sich die Behörden eigentlich gewöhnt, dafür eine spezielle Organisation aufzubauen, erscheint uns nicht sinnvoll.

**Andrea Nüssli (SP):** Die Minderheit befürchtet, dass, wenn man die Lohnkosten kürzt, gewisse Verträge aufgelöst werden müssten und Mitarbeiter einen Anspruch hätten auf eine Abgangsentschädigung oder Lohnfortzahlung. Das wollen wir nicht, weshalb wir mit dem Stadtrat stimmen.

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

**STP Corine Mauch:** Der Projektstab Stadtrat besteht noch nicht so lange. Der Projektstab ist ein Kompetenzzentrum für das Projektmanagement von grossen, überdepartementalen Projekten. 400 Stellenprozente verteilen sich auf fünf Personen. Der Projektstab muss mit zahlreichen Departementen und Externen zusammen arbeiten, weil er

*auch eine gewisse Respektsfunktion haben muss, damit er die Koordination auch wahrnehmen kann. Deshalb ist er erstens im Präsidialdepartement und bekommt zweitens die Aufträge direkt vom Stadtrat zugetragen. Vor diesem Hintergrund würde der Kürzungsantrag in die sehr schlanke, sehr effiziente Einheit eingreifen und deshalb lehnen wir das Postulat ab. Es ist wichtig, dass das keine Linie ist, sondern je nach Projekt gezielt und effizient als Kompetenzzentrum unterschiedlichen Departementsvorstehenden die Ressourcen zur Verfügung stellt.*

Weitere Wortmeldungen:

**Shaibal Roy (GLP):** *Wir unterstützen das Postulat, sehen aber die Umsetzung 2016 von der effektiven Verschiebung der Personalressourcen eher als schwieriges Unterfangen an und würden es begrüßen, dass der Stadtrat proaktiv dem Anliegen entsprechen würde. Wir möchten aber dem Stadtrat einen gewissen Handlungsspielraum überlassen und würden deshalb beim Antrag 48 der Minderheit zustimmen, aber das Postulat überweisen.*

**Dr. Daniel Regli (SVP):** *Nach wie vor ist uns nicht klar, warum diese komplexen Aufgaben keine Stabsstelle erfüllen kann. Es gibt keinen strukturellen Zwang, dass eine Stabsstelle unter dem Präsidialdepartement dies nicht machen kann. Ein Präsidium ist für die überdepartementale Führung, für die integrale Führung von schwierigen Aufgaben da. Die Kürzungsanträge unterstützen wir.*

**Karin Weyermann (CVP):** *Das Postulat ist dazu da, zu prüfen, ob man den Projektstab entweder dem Finanzdepartement oder dem Präsidialdepartement angliedern kann. Wir sehen keinen Grund, warum der Projektstab frei schwebend sein muss und nicht angegliedert sein kann. Wir sehen keinen Grund, dass er deshalb an Kompetenz oder an Ausstrahlung gegenüber den Departementen verliert. Der Kürzungsantrag ist mehr ein Zeichen, die Umsetzung des Postulats zu unterstützen. Damit können auch gewisse personelle Ressourcen eingespart werden. Es geht nicht darum, Kündigungen auszusprechen, sondern nur, die Ressourcen zu untersuchen.*

**Michael Schmid (FDP):** *Wir denken nicht, dass der Projektstab überdepartemental sein muss und der Leiter des Projektstabs eine Respektperson gegen aussen sein muss, um die Verhandlungen zu führen. Dafür ist das Stadtpräsidium und sind die Mitglieder des Stadtrats da. Aus unserer Sicht ist das Postulat wichtig und richtig, die Innovation nochmal im Detail zu prüfen.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

**STR Daniel Leupi:** *Der Projektstab ist eine Stabsstelle im Präsidialdepartement, nicht im Stab der Stadtpräsidentin. Er ist auch klar zugeordnet. Die Forderung, das in den Departementen aufzubauen, hiesse, entweder die Stäbe aufzustocken, die aber dann nicht ständig etwas zu tun hätten, oder Externe beizuziehen, wo immer wieder gekürzt wird. Wenn das Mandat fertig ist, sind nicht mehr die gleichen Leute ansprechbar. Es kommt wieder ein anderes Projekt mit Querbezügen zum vorhergehenden, was die Leu-*

te des Projektstabs hervorragend zusammenfassen. Der Projektstab erlaubt es, schwierige Projekte schnell voran zu bringen und hat sicher schon sehr viel Geld eingespart.

**Dr. Daniel Regli (SVP):** Wenn der Projektstab im Präsidialdepartement angesiedelt ist, wieso muss er dann anders heissen? Wieso konnte man nicht sagen, es ist eine Stabsstelle der Stadtpräsidentin mit der genau gleichen Aufgabe. Eine Dienstabteilung wird immer teurer. Das Renomee einer Dienstabteilung ist Kostenwachstum.

S. 136	15 1561 3010 0000	<b>PRÄSIDIALDEPARTEMENT</b> Projektstab Stadtrat im Präsidialdepartement Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>048.</b>	Antrag Stadtrat				613 900	Minderheit
			50 000		563 900	Mehrheit
						Enthaltung
						Shaibal Roy (GLP)
		Begründung:	Reduktion Stellenplan			

Der Rat stimmt dem Antrag der Minderheit mit 67 gegen 52 Stimmen zu.

**1493. Gemeinsame Behandlung der Anträge 050. und 051.**

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

**Walter Angst (AL):** Unbestritten in Zusammenhang mit dem Projektstab ist, dass wir keine Doppelfinanzierungen wollen. Darum beantragt die RPK-Mehrheit, die Streichung für die eingestellten Mittel der Strategieschwerpunkte von je 250 000 Franken, das muss von den zuständigen Dienstabteilungen im Rahmen ihrer normalen Budgets realisiert werden.

**Andrea Nüssli (SP):** Der Betrag ist ein Gesamtbetrag für den Strategieschwerpunkt. Der Stadtrat hat erst vor kurzem entschieden, welche Bereiche von der Organisation oder Personal betroffen sind und der Budgetposten muss vorhanden sein. Wir wollen, dass die Umsetzung der Strategieschwerpunkte zentral als Geld eingestellt wird und wenn die Verwendung klar ist, dieses Geld dann den Departementen zugesprochen wird. Das ist keine Doppelbudgetierung.

30 / 49

S. 136	<b>15</b> <b>1561</b> <b>3186 0810</b>	<b>PRÄSIDIALDEPARTEMENT</b> <b>Projektstab Stadtrat im Präsidialdepartement</b> <b>Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter im Zusammenhang mit den Legislaturschwerpunkten: Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>050.</b>	Antrag Stadtrat				250 000	Minderheit
			250 000		0	Mehrheit
						Andrea Nüssli (SP) Referentin, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Felix Moser (Grüne), Florian Utz (SP) Vizepräsident Walter Angst (AL) Referent, Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)
		Begründung:	Ohne Erhöhung der Budgets der zuständigen Dienstabteilungen finanzieren			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 68 gegen 51 Stimmen zu.

---

### Antrag 051.

Wortmeldungen siehe Antrag 050.

S. 137	<b>15</b> <b>1561</b> <b>3186 0820</b>	<b>PRÄSIDIALDEPARTEMENT</b> <b>Projektstab Stadtrat im Präsidialdepartement</b> <b>Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter im Zusammenhang mit den Legislaturschwerpunkten: Projektumsetzung</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>051.</b>	Antrag Stadtrat				250 000	Minderheit
			250 000		0	Mehrheit
						Andrea Nüssli (SP) Referentin, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Felix Moser (Grüne), Florian Utz (SP) Vizepräsident Walter Angst (AL) Referent, Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)
		Begründung:	Ohne Erhöhung der Budgets der zuständigen Dienstabteilungen finanzieren			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 69 gegen 50 Stimmen zu.

---

<b>FINANZDEPARTEMENT</b>
--------------------------

Antrag 052.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Roger Liebi (SVP):** Wir beantragen hier eine Kürzung um 25 000 Franken auf diesem Konto.

**Rebekka Wyler (SP):** Bei den Tabellenanträgen wurde dies schon diskutiert. Die RPK-Mehrheit ist für eine Ablehnung des Antrags.

S. 142	20 2000 3170 0000	<b>FINANZDEPARTEMENT</b> <b>Finanzdepartement Zentrale Verwaltung</b> <b>Reise- und Spesenentschädigungen des Personals</b>				
			Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen
<b>052.</b>	Antrag Stadtrat				35 000	Mehrheit
			25 000		10 000	Minderheit
						Präsidentin Rebekka Wyler (SP) Referentin, Vizepräsident Walter Angst (AL), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP) Roger Liebi (SVP) Referent, Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Raphaël Tschanz (FDP)
			Begründung:	Kürzung im Sinne einer konsequenten Sanierung der Stadtfinanzen		

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 79 gegen 41 Stimmen zu.

---

Antrag 053.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Roger Liebi (SVP):** Damit die maroden und schlechten städtischen Finanzen wieder ins Lot gebracht werden, sind wir auch hier für eine Kürzung um 200 000 Franken.

**Walter Angst (AL):** Es ist nicht erschlossen worden, welche Beiträge an private Unternehmungen hier gestrichen werden sollen. Die RPK-Mehrheit hat nicht den Eindruck, dass das Finanzdepartement einer privaten Unternehmung sinnlos Geld zuspricht.

32 / 49

Weiter Wortmeldungen:

**Katharina Widmer (SVP):** Es geht um eine Totalverbesserung von 200 000 Franken, davon sind 50 000 Franken für die Rechtsquellenstiftung des Schweizerischen Juristenvereins und 100 000 Franken gehen an die Stiftung Zürcher Lehrhaus. Beide Institutionen sollten in der Lage sein, sich selber zu finanzieren oder andere Quellen zu finden.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

**STR Daniel Leupi:** Dreiviertel dieser Beträge wurden erst kürzlich in diesem Jahr vom Gemeinderat bewilligt. Wie soll man diese Beiträge kürzen, wenn das hier bewilligt wurde? Das wäre eine Ignoranz des eigenen Beschlusses.

S. 143	20 2000 3650 0000	<b>FINANZDEPARTEMENT</b> <b>Finanzdepartement Zentrale Verwaltung</b> <b>Beiträge an private Unternehmungen</b>				
			Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen
<b>053.</b>	Antrag Stadtrat				215 000	Mehrheit
			200 000		15 000	Minderheit
						Vizepräsident Walter Angst (AL) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP) Roger Liebi (SVP) Referent, Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Raphaël Tschanz (FDP)
			Begründung: Kürzung im Sinne einer konsequenten Sanierung der Stadtfinanzen			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 79 gegen 42 Stimmen zu.

---

Antrag 054.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Urs Fehr (SVP):** Humanitäre Hilfe im Ausland ist keine Gemeindeaufgabe. Wenn man das eigene Gewissen beruhigen möchte, kann man privat spenden.

**Dr. Urs Egger (FDP):** Es gibt immer wieder Katastrophenfälle und wir reden hier von humanitärer Hilfe und nicht von Entwicklungszusammenarbeit. Es würde der Stadt nicht schlecht anstehen, den Betrag im Budget zu belassen. Im konkreten Fall kann man immer noch besprechen, ob man den Betrag sprechen will.



33 / 49

S. 143	<b>20</b> <b>2000</b> <b>3670 0099</b>	<b>FINANZDEPARTEMENT</b> <b>Finanzdepartement Zentrale Verwaltung</b> <b>Humanitäre Hilfe im Ausland</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>054.</b>	Antrag Stadtrat				100 000	Mehrheit
			100 000		0	Minderheit
			Begründung: Keine kommunale Aufgabe			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 101 gegen 22 Stimmen zu.

Antrag 055.

Kommissionsminderheiten/-mehrheit:

**Markus Kunz (Grüne):** Wir stellen einen moderaten Erhöhungsantrag von 500 000 Franken für die Entwicklungszusammenarbeit. Das ist eine Bundesangelegenheit, aber auch eine Aufgabe der Kantone und Gemeinden. Ein solcher Beitrag wäre sozial nachhaltig, weil es eine Hilfe an die sozialen Gefüge der Länder ist, die es brauchen können, ökologisch nachhaltig, weil Klimaflüchtlinge zunehmend ein Thema werden und wirtschaftlich nachhaltig, weil jeder investierte Franken dort volkswirtschaftlich wieder Ertrag erbringt, auch wenn der Ertrag nicht in der Schweiz anfällt.

**Roger Liebi (SVP):** Auf dem Konto stehen schon 2,5 Millionen Franken. Man würde noch 500 000 Franken zusätzlich sprechen. Wir sollten uns um die wirtschaftliche Sicherheit unserer eigenen Stadt sorgen und auf unsere Finanzen achten. Die Entwicklungshilfe ist Sache des Bundes und es macht keinen Sinn, dass sie auch noch Sache der Gemeinden wird.

**Christian Traber (CVP):** Wir finden, dass bei der aktuellen Finanzlage eine moderate Kürzung und nicht komplette Streichung angebracht ist. Deshalb sind wir für eine Kürzung um 1,5 Millionen Franken, so dass noch eine Million Franken zur Verfügung gestellt werden kann, für diejenigen, die es wirklich benötigen.

**Florian Utz (SP):** Die Mehrheit ist der Meinung, dass eine Aufstockung ein sinnvoller, verantwortungsvoller Schritt ist. Deshalb wechselt die Mehrheit zur Minderheit 1.

Weitere Wortmeldungen:

**Simon Kälin (Grüne):** Die CVP hat noch vor kurzem dafür gestimmt, mehr Flüchtlinge aufzunehmen. Eine Präventionsmassnahme wäre es, damit die Flüchtlingszahlen nicht noch dramatischer steigen, Hilfe vor Ort zu gewährleisten. Das heisst nichts anderes als Entwicklungszusammenarbeit mit guten Projekten. Jeder Franken, den wir für die Entwicklungsarbeit mehr ausgeben, ist ein sehr gut investierter Franken.

**Dr. Mario Babini (parteilos):** Gerechtigkeit gibt es in der realen Welt leider nicht. Entwicklungshilfeszuschüsse an Projekte zu streichen, die gerechtfertigt sind und keinen hohen bürokratischen Aufwand haben, ist ein Armutszeugnis. Hier bekämpft man die Flüchtlingsproblematik schon bei den Ursachen und betreibt keine Symptompolitik.

**Isabel Garcia (GLP):** Bei uns herrscht zu diesem Thema Meinungsvielfalt. Insofern haben wir dieser Meinungsvielfalt Rechnung getragen und votieren hier für Stimmfreigabe.

**Niklaus Scherr (AL):** Es gab einmal eine Zeit, wo es in der Stadt eine breite Mehrheitskoalition für Entwicklungshilfe gegeben hat. Das war nie ganz eigennützig, es ging auch um den Systemwettbewerb im Kalten Krieg. Heute sind wir jedoch an einem Punkt angelangt, wo man leider feststellen muss, dass wir in den 70er-Jahren um einiges grosszügiger waren. Der Antrag der Grünen ist ein vernünftiger Antrag.

**Martin Luchsinger (GLP):** Vom Stadtrat haben wir einen Vorschlag, was er mit dem Budget und der Finanzlage für eine Entwicklungshilfe geben will. Jetzt schwenkt man einfach auf eine halbe Million Franken mehr und meine Frage wäre, wohin dieses Geld geht. Ob es tatsächlich dorthin geht, wo man langfristig tatsächlich Krieg verhindern kann? Oder ob wir einfach 500 000 Franken mehr in Brunnenbauten investieren?

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

**STR Daniel Leupi:** Wir haben einen Volksauftrag und die Rechtsgrundlage, es ist also eine städtische Aufgabe. Wir haben Mühe, angesichts der Qualitätsansprüche, mehr auszuschöpfen, wir haben auch schon weniger ausgeschöpft. 2,5 Millionen Franken sind ein Zeichen, das sich die Stadt nach wie vor, angesichts des Elends in der Welt, leisten kann.





36 / 49

S. 145	<b>20</b>	<b>FINANZDEPARTEMENT</b>				
	<b>2000</b>	<b>Finanzdepartement Zentrale Verwaltung</b>				
	<b>563108</b>	<b>Abschreibungsbeiträge an Stiftung PWG für den Kauf von Liegenschaften</b>				
			Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen
<b>056.</b>	Antrag Stadtrat				3 000 000 Mehrheit	Vizepräsident Walter Angst (AL) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
			3 000 000		0 Minderheit	Dr. Urs Egger (FDP) Referent, Martin Bürlimann (SVP), Roger Liebi (SVP), Raphaël Tschanz (FDP)
		Begründung:	PWG benötigt diese Abschreibung nicht			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 78 gegen 43 Stimmen zu.

---

#### Antrag 057.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

**Roger Liebi (SVP):** Wir gehen davon aus, dass man die 2 Millionen Franken zusätzlich budgetieren kann.

**Dr. Urs Egger (FDP):** Man kann schon sagen, dass es 2 Millionen Franken mehr gibt von der ZKB. Wir haben noch nicht Ende Dezember, es kann immer noch das eine oder andere passieren. Wir bleiben bei den 22 Millionen Franken.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

**STR Daniel Leupi:** Die 2 Millionen Franken sind nicht einmal erwirtschaftet worden zu dem Zeitpunkt, als sie beantragt wurden. Wie viel die ZKB abschreiben muss, ist auch noch völlig offen.

**Roger Liebi (SVP):** Der Stadtrat hat selber gesagt, wir könnten sogar drei Millionen Franken einstellen, weshalb ich die Kritik hier nicht nachvollziehen kann.

37 / 49

S. 151	<b>20</b> <b>2015</b> <b>4490 0000</b>	<b>FINANZDEPARTEMENT</b> <b>Finanzverwaltung</b> <b>Anteil am Erträgnis der Zürcher Kantonalbank</b>				
			Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen
<b>057.</b>	Antrag Stadtrat				-22 000 000	Minderheit
			2 000 000		-24 000 000	Mehrheit
						Dr. Urs Egger (FDP) Referent, Rapha�l Tschanz (FDP) Roger Liebi (SVP) Refe- rent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Martin Bürlimann (SVP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
						Begründung: Verbesserung Ergebnis ZKB

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 103 gegen 20 Stimmen zu.

#### Antrag 058.

Kommissionsmehrheit:

**Corinne Sch fli (AL):** *Der Antrag greift zu weit, ist zu teuer und soll nochmals überprüft werden, weshalb wir darum bitten, dem Antrag der Mehrheit zuzustimmen.*

S. 157	<b>20</b> <b>2022</b> <b>3142 0102</b>	<b>FINANZDEPARTEMENT</b> <b>Wohnliegenschaften</b> <b>Renovationen der Liegenschaften des Finanzvermögens</b>				
			Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen
<b>058.</b>	Antrag Stadtrat				3 465 000	Minderheit
			660 000		2 805 000	Mehrheit
						Enthaltung
						Felix Moser (Grüne) Referent, Christian Traber (CVP) Vizepräsident Walter Angst (AL) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli (SP), Shaibal Roy (GLP), Rapha�l Tschanz (FDP), Florian Utz (SP) Martin Bürlimann (SVP), Roger Liebi (SVP)
						Begründung: Projekt Burenweg überarbeiten, Kostenreduktion

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 120 gegen 0 Stimmen zu.

---

Antrag 059.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

**Dr. Urs Egger (FDP):** Die RPK-Mehrheit ist der Meinung, dass auf diesem Konto die Mittel der Rechnung 2014 genügen.

**Walter Angst (AL):** Die Minderheit ist der Meinung, dass es wenig sinnvoll ist, bei der Liegenschaftsverwaltung in den einzelnen Rechnungskreise in punkto Reinigung und Unterhalt zu kürzen.

S. 163	<b>20</b> <b>2025</b> <b>3142 0000</b>	<b>FINANZDEPARTEMENT</b> <b>Restaurants</b> <b>Unterhalt und Reinigung der Liegenschaften des Finanzvermögens</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>059.</b>	Antrag Stadtrat				2 560 000	Minderheit
			100 000		2 460 000	Mehrheit
						Vizepräsident Walter Angst (AL) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Florian Utz (SP) Dr. Urs Egger (FDP) Referent, Martin Bürlimann (SVP), Roger Liebi (SVP), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)
						Begründung: Zurück auf Rechnung 2014

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 62 gegen 62 Stimmen gemäss dem Stimmverhalten des Ratspräsidenten zu.

---

Antrag 060.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Urs Fehr (SVP):** Hier geht es um Kosten für Hausbesetzer, Chaoten und Gesetzesbrecher. Wer illegal ein Gebäude besetzt, macht sich strafbar. Viel skandalöser ist es, dass der Stadtrat sich weigert, diese Gebäude zu räumen. Wir sehen nicht ein, warum wir dafür Gelder sprechen sollen und noch viel verwunderlicher ist es, warum die bürgerlichen Partner hier zustimmen.

**Dr. Urs Egger (FDP):** Das Konto heisst Baulandreserven und Landreserven ausserhalb der Stadt und es geht um Wasser, Energie und Heizmaterialien. Es geht darum, die Liegenschaften zu unterhalten, weshalb die Mehrheit den Stadtratsantrag unterstützt.

S. 165	<b>20 2026 3120 0000</b>	<b>FINANZDEPARTEMENT Baulandreserven, Landreserven ausserhalb der Stadt Wasser, Energie und Heizmaterialien</b>				
			Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen
<b>060.</b>	Antrag Stadtrat				313 000	Mehrheit
			313 000		0	Minderheit
						Dr. Urs Egger (FDP) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Shaibal Roy (GLP), Christi- an Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP) Roger Liebi (SVP) Refe- rent, Martin Bürlimann (SVP)
			Begründung: Keine Budgetierung auf Vorrat für Hausbesetzer und Chaoten			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 103 gegen 22 Stimmen zu.

---

Antrag 061.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Dr. Urs Egger (FDP):** Die Mittel, die in der Rechnung 2014 eingestellt wurden, genügen auch auf diesem Konto.

**Felix Moser (Grüne):** Die Mehrheit ist der Meinung, dass hier richtig budgetiert wurde.

S. 165	<b>20 2026 3142 0000</b>	<b>FINANZDEPARTEMENT Baulandreserven, Landreserven ausserhalb der Stadt Unterhalt und Reinigung der Liegenschaften des Finanzvermögens</b>				
			Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen
<b>061.</b>	Antrag Stadtrat				864 000	Mehrheit
						Felix Moser (Grüne) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Andrea Nüssli (SP), Shaibal Roy (GLP), Florian Utz (SP)

40 / 49

214 000

650 000 Minderheit

Dr. Urs Egger (FDP)  
Referent, Martin Bürlimann  
(SVP), Roger Liebi (SVP),  
Christian Traber (CVP),  
Raphaël Tschanz (FDP)

Begründung: Zurück auf Rechnung 2014

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 76 gegen 49 Stimmen zu.

Antrag 062.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Dr. Urs Egger (FDP):** Auch auf diesem Konto beantragen wir, 2 Millionen Franken zu kürzen.

**Walter Angst (AL):** Es gibt Jahre, wo man keine Sanierungen hat und Jahre, wo man saniert. Und der Anteil, der werterhaltend ist und nicht wertvermehrend, fällt auf dem Unterhaltskonto an. Dieses wurde von der Liegenschaftenverwaltung budgetiert, weil es eine Reihe von grösseren Bauvorhaben bei den Gewerbeimmobilien gibt. Zurück auf die Rechnung 2014 zu gehen, macht deshalb wenig Sinn.

S. 168 20  
2027  
3142 0000

**FINANZDEPARTEMENT**  
**Gewerbe-Immobilien**  
**Unterhalt und Reinigung der Liegenschaften des Finanzvermögens**

		Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag		Stimmen
<b>062.</b>	Antrag Stadtrat			5 169 000 300 000 N	Mehrheit	Vizepräsident Walter Angst (AL) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Shaibal Roy (GLP), Florian Utz (SP)
		2 000 000		3 469 000	Minderheit	Dr. Urs Egger (FDP) Referent, Martin Bürlimann (SVP), Roger Liebi (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)

Begründung: Zurück auf Rechnung 2014

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 76 gegen 49 Stimmen zu.

41 / 49

Antrag 063.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

**Dr. Urs Egger (FDP):** Die Mehrheit beantragt eine Verbesserung um 46 000 Franken auf diesem Posten.

**Rebekka Wyler (SP):** Die Minderheit beantragt auch hier, den Antrag abzulehnen und mit dem Stadtrat zu stimmen.

S. 180	<b>20</b> <b>2040</b> <b>Saldo</b>	<b>FINANZDEPARTEMENT</b> <b>Steueramt</b> <b>Laufende Rechnung: Produktgruppen-Globalbudget / Saldo</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>063.</b>	Antrag Stadtrat				16 438 100	Minderheit
			46 000		16 392 100	Mehrheit
			Begründung:	Kürzung Saldo um 20 % analog Sammelkürzungen auf der Kontogruppe 3180		

Der Rat stimmt dem Antrag der Minderheit mit 63 gegen 62 Stimmen zu.

---

Antrag 064.

Kommissionsmehrheit:

**Dr. Urs Egger (FDP):** Der Stellenplan ist nicht ausgeschöpft, weshalb wir hier eine Verbesserung um 500 000 Franken beantragen.

Weitere Wortmeldung:

**Rebekka Wyler (SP):** Wir bitten darum, den Antrag des Stadtrats für die Stellen in der OIZ zu unterstützen.

42 / 49

S. 187	<b>20</b> <b>2080</b> <b>3010 0000</b>	<b>FINANZDEPARTEMENT</b> <b>Organisation und Informatik</b> <b>Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>064.</b>	Antrag Stadtrat				49 136 200 Minderheit	Felix Moser (Grüne) Referent
			500 000		48 636 200 Mehrheit	Dr. Urs Egger (FDP) Referent, Vizepräsident Walter Angst (AL), Martin Bürlimann (SVP), Roger Liebi (SVP), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)
					Enthaltung	Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Andrea Nüssli (SP), Florian Utz (SP)
						Begründung: Stellenplan nicht ausgeschöpft (Rechnung 2014: 47,8 Mio. Fr.)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 86 gegen 39 Stimmen zu.

#### Antrag 065.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Dr. Urs Egger (FDP):** Hier wird nicht der ganze Betrag benötigt. 2016 können zwei Millionen Franken eingespart und allenfalls in späteren Jahren eingesetzt werden.

**Felix Moser (Grüne):** Letztes Jahr waren auf dem Konto 5,9 Millionen Franken eingestellt und dieses Mal 5,99 Millionen Franken, weshalb ich nicht weiss, wie man auf eine Einsparung von zwei Millionen Franken kommt. Die Mehrheit findet, dass man beim Unterhalt der IT nicht ein Drittel einsparen soll.

S. 188	<b>20</b> <b>2080</b> <b>3152 0000</b>	<b>FINANZDEPARTEMENT</b> <b>Organisation und Informatik</b> <b>Unterhalt IT-Anlagen Hardware</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>065.</b>	Antrag Stadtrat				5 991 000 Mehrheit	Felix Moser (Grüne) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Andrea Nüssli (SP), Shaibal Roy (GLP), Florian Utz (SP)

43 / 49

2 000 000

3 991 000 Minderheit

Dr. Urs Egger (FDP)  
Referent, Martin Bürlimann  
(SVP), Roger Liebi (SVP),  
Christian Traber (CVP),  
Raphaël Tschanz (FDP)

Begründung: Ausbau 2015 genügt

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 75 gegen 50 Stimmen zu.

Antrag 066.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Dr. Urs Egger (FDP):** Die Minderheit ist der Meinung, dass hier drei Millionen Franken eingespart werden können.

**Felix Moser (Grüne):** Auch beim Unterhalt der Software finden wir eine Kürzung schwierig, weil diese nur zu Mehrkosten in den Folgejahren führt.

S. 188	<b>20</b> <b>2080</b> <b>3153 0000</b>	<b>FINANZDEPARTEMENT</b> <b>Organisation und Informatik</b> <b>Unterhalt IT-Anlagen Software</b>				
			Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen
<b>066.</b>	Antrag Stadtrat				20 424 900	Mehrheit
			3 000 000		17 424 900	Minderheit
						Dr. Urs Egger (FDP) Referent, Martin Bürlimann (SVP), Roger Liebi (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)

Begründung: Teilverzicht 2016

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 75 gegen 50 Stimmen zu.

Antrag 067.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Dr. Urs Egger (FDP):** Die Minderheit zieht den vorliegenden Antrag zurück.



45 / 49

*externe Beratung wird also benötigt. Die ganze Einführungsphase wäre in den Sand gesetzt, wenn man nun den Experten streichen würde.*

S. 193	<b>25</b> <b>2500</b> <b>3189 0000</b>	<b>POLIZEIDEPARTEMENT</b> <b>Polizeidepartement Zentrale Verwaltung</b> <b>Entschädigungen für IT-Leistungen Dritter</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>068.</b>	Antrag Stadtrat				50 000	Minderheit
			50 000		0	Mehrheit
						Florian Utz (SP) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP) Christian Traber (CVP) Referent, Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Shaibal Roy (GLP), Raphaël Tschanz (FDP)
						Begründung: Realisierung ohne externe Unterstützung

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 63 gegen 62 Stimmen zu.

Antrag 069.

Kommissionsminderheiten /-mehrheit:

**Shaibal Roy (GLP):** Die Minderheit 1 ist der Ansicht, dass Parkuhren nicht einfach nicht ersetzt werden sollen, sondern dass der restliche Bedarf in zwei Etappen ersetzt werden soll. Die sogar leicht sinkenden Reparaturkosten über alle Parkuhren hinweg, geben überhaupt keinen Anlass zur Beunruhigung.

**Christian Traber (CVP):** 2015 wird der Budgetkredit ausreichen. Deshalb glauben wir, dass 2016 der gleiche Betrag ausreichend ist.

**Florian Utz (SP):** Auf dem Konto haben wir bereits letztes Jahr eine Kürzung um 300 000 Franken vorgenommen. Eine Erstreckung der Parkuhrenbeschaffung ist also schon passiert. Deshalb soll man nun die Parkuhren auch beschaffen.

46 / 49

S. 195	<b>25</b> <b>2505</b> <b>3111 0113</b>	<b>POLIZEIDEPARTEMENT</b> <b>Parkgebühren</b> <b>Anschaffungen Parkuhren, Zentrale Parkuhren und Signalisationseinrichtungen</b>				
			Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen
<b>069.</b>	Antrag Stadtrat				990 000	Mehrheit
			300 000		690 000	Minderheit 1
			590 000		400 000	Minderheit 2
						Florian Utz (SP) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP) Shaibal Roy (GLP) Referent Christian Traber (CVP) Referent, Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Raphaël Tschanz (FDP)
		Begründung:	GLP: Streckung Neubeschaffungen um ein Jahr; CVP: Ersatzbeschaffung der Parkuhren analog 2015			

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat/Mehrheit	(990 000)	62 Stimmen
Antrag Minderheit 1	(690 000)	13 Stimmen
Antrag Minderheit 2	(400 000)	<u>50 Stimmen</u>
Total		125 Stimmen
= absolutes Mehr		63 Stimmen

Keiner der Anträge erhält das absolute Mehr; für die 2. Abstimmung ist der Antrag der Minderheit 1 ausgeschieden.

2. Abstimmung:

Dem Antrag der Mehrheit wird mit 75 gegen 50 Stimmen zugestimmt.

Antrag 070.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Thomas Kleger (FDP):** Die Rechnungen sind letztes Jahr immer tiefer geworden und müssen nicht zwingend von der VBZ vorgenommen werden. Deshalb beantragen wir hier eine Kürzung um 20 %.

47 / 49

**Florian Utz (SP):** Die Mehrheit hält diese Kürzung nicht für sinnvoll, weil es einen Vertrag mit der VBZ gibt und dieser Vertrag einzuhalten ist. Es würde auch heissen, dass die VBZ keinen kostendeckenden Beitrag mehr bekommen würde.

S. 195	<b>25</b>	<b>POLIZEIDEPARTEMENT</b>				
	<b>2505</b>	<b>Parkgebühren</b>				
	<b>3180 0105</b>	<b>Entschädigung an VBZ für Münzgeldverarbeitung</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>070.</b>	Antrag Stadtrat				480 000	Mehrheit
				96 000	384 000	Minderheit
						Florian Utz (SP) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Shaibal Roy (GLP) Dr. Urs Egger (FDP) Referent, Martin Bürlimann (SVP), Roger Liebi (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)
			Begründung:	Kürzung um 20 %		

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 75 gegen 48 Stimmen zu.

Antrag 071.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Thomas Kleger (FDP):** Es gibt immer weniger Parkplätze und deshalb ist eine zusätzliche Erhöhung nicht angemessen.

**Florian Utz (SP):** Wenn man hier 20 % streicht, werden um 20 % weniger die Parkuhren geleert. Dies erachten wir nicht als sinnvoll.

S. 195	<b>25</b>	<b>POLIZEIDEPARTEMENT</b>				
	<b>2505</b>	<b>Parkgebühren</b>				
	<b>3180 0207</b>	<b>Entschädigung an Dritte für Parkuhrenleerung</b>				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
<b>071.</b>	Antrag Stadtrat				570 000	Mehrheit
						Florian Utz (SP) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Shaibal Roy (GLP)

48 / 49

114 000

456 000 Minderheit

Dr. Urs Egger (FDP)  
Referent, Martin Bürliemann  
(SVP), Roger Liebi (SVP),  
Christian Traber (CVP),  
Raphaël Tschanz (FDP)

Begründung: Kürzung um 20 %

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 76 gegen 49 Stimmen zu.

Antrag 072.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

**Roger Tognella (FDP):** Die Mehreinnahmen der Gebühren finden noch nicht statt. Die Weisung kann noch länger bestritten sein. Deshalb ist es logisch, den Betrag nicht einzustellen. Die Grünliberalen wären dafür, die Gebühren vollends zu erhöhen, was noch interessant ist, wenn man einen Kompromiss sucht.

**Florian Utz (SP):** Die Mehrheit findet, man kann die Gebührenerhöhung durchaus diskutieren, aber es macht keinen Sinn, das Budget einfach um zwei Millionen Franken zu verschlechtern.

S. 196	25 2505 4340 0108	<b>POLIZEIDEPARTEMENT</b> <b>Parkgebühren</b> <b>Parkgebühren</b>				
			Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen
<b>072.</b>	Antrag Stadtrat				-16 800 000	Mehrheit Florian Utz (SP) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Shaibal Roy (GLP), Christian Traber (CVP)
				2 000 000	-14 800 000	Minderheit Dr. Urs Egger (FDP) Referent, Martin Bürliemann (SVP), Roger Liebi (SVP), Raphaël Tschanz (FDP)

Begründung: Keine Erhöhung der Parkgebühren

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 77 gegen 43 Stimmen zu.

Die Sitzung wird beendet (Fortsetzung der Budgetberatung siehe Sitzung Nr. 77, Beschluss-Nr. 1493/2015).

49 / 49

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat